

Artikel vom 02.03.2022

Ukraine

Stellungnahme zum Überfall auf die Ukraine

Durch die russische Invasion seit dem 24.02.2022 wurde nicht allein der Frieden und das Zusammenleben der Völker gestört, sondern er stellt die friedliche Ordnung der europäischen Staaten vor eine gänzlich neue Situation. Putin greift mit seinem Einmarsch in die Ukraine nicht nur ein anderes Land, sondern auch die europäischen und demokratischen Werte an, auf welchen unser Zusammenleben beruht. Mit dem russischen Einmarsch wird schamlos Macht vor Recht gesetzt. Daher geht uns alle dieser Krieg etwas an.

Von all diesen Entwicklungen wird Deutschland selbstverständlich zunächst erst einmal mittelbar durch wirtschaftliche Folgen wie im Bereich der Energiebeschaffung betroffen sein.

Die weiterreichenden Folgen liegen jedoch an anderer Stelle: Bei der Wertegrundlage Europas und der westlichen Demokratien, die durch solches Handeln angegriffen werden. Als

CSU Bayreuth-Mitte stehen wir in Gedanken und Gebeten an der Seite der Ukraine und ihrer

Bürger die tapfer für die Werte der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker im Kampf

stehen, was wir auch durch unsere Teilnahme an der Kundgebung in der Bayreuther

Innenstadt am vergangenen Freitag zum Ausdruck gebracht haben.

Die deutsche Außenpolitik ist seit der Wiedervereinigung schwer vernachlässigt worden, hier fordern wir ein Ende unter dem Hinweis auf die Verantwortung des Deutschen Volkes vor der europäischen Öffentlichkeit und fordern ein aktives Vorgehen zum Schutz von Werten, Menschen und Grenzen. Die deutsche Außenpolitik ist seit der Wiedervereinigung schwer vernachlässigt worden, hier fordern wir ein Ende unter dem Hinweis auf die Verantwortung des Deutschen Volkes vor der europäischen Öffentlichkeit fordern wir ein aktives Vorgehen zum Schutz von Werten, Menschen und Grenzen. Von Gesellschaft und Politik fordern wir weiterhin wo es möglich ist humanitäre Hilfe durch Waffenlieferungen, monetären Unterstützungsmaßnahmen sowie die Lieferung von Grundnahrungsmitteln in die Ukraine zu leisten und die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Desweiteren eine starke Antwort auf die Aggressionen an den Nato-Außengrenzen, weshalb wir uns eine stärkere deutsche Beteiligung in der NATO wünschen, worunter wir erhöhte Maßnahmen zur Rüstung der Bundeswehr, eine Debatte über die Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres und die Verdoppelung des deutschen Militärhaushalts bis zum Jahr 2025 verstehen.